



# Der Zivile Friedensdienst in der Extremismusprävention

## Warum ist Extremismusprävention Teil der Friedensarbeit?

Extremismusprävention ist vornehmlich Gewaltprävention. Radikalisierungsprozesse zeichnen sich durch eine zunehmende Ablehnung einer aktuellen, normativen Ordnung aus – sie sind also nicht zwingend demokratie- bzw. menschenrechtsfeindlich oder gewalttätig. Wo berechtigte Ziele mit gewaltfreien Mitteln verfolgt werden, können radikale Positionen eine Rolle im gesellschaftlichen Wandel spielen und bedürfen daher nicht grundsätzlich einer Intervention – vor allem wenn Betroffene auf vorhandene Missstände aufmerksam machen. Wenn aber keine anderen Meinungen mehr zugelassen werden und die eigene Ideologie (politisch, religiös, oder anderweitig motiviert) mit Gewalt durchgesetzt werden soll, ist Extremismus erreicht. Diesem Übergang zur Gewalt versucht die Extremismusprävention vorzubeugen.

Länder in Konfliktregionen, z.B. die Länder der Sahel-Region, werden gezielt von extremistischen Organisationen anvisiert, um die Schwäche des Staates auszunutzen. Viele der zur Radikalisierung beitragenden Faktoren werden durch Krisen und Konflikte gestärkt. An diesem Teufelskreis von steigender Gewalt kann die Friedensarbeit arbeiten. Die Sensibilität des Themas setzt das Vertrauen der lokalen Bevölkerung und Zugänge zu jener voraus. Beides gehört zur Basis der ZFD-Arbeit.

## Pull- und Push-Faktoren in Konfliktregionen

Extremismusprävention stellt sich zwei Fragen: wie kann ein Prozess der Radikalisierung vor einer Hinwendung zum (gewaltbereiten) Extremismus unterbrochen werden? Und wie können (insbesondere jugendliche) Menschen vor Rekrutierung geschützt werden? Dafür müssen Anreize (pull-Faktoren) und Vulnerabilitäten (push-Faktoren) beachtet werden. Armut, Ausgrenzung, Diskriminierung, Gewalterfahrungen oder fehlende Sicherheit machen Menschen anfälliger für Radikalisierung und Rekrutierung. Ausschlaggebend ist oft ein fehlender Glaube daran, die eigenen Lebensbedingungen – und damit die eigene Zukunft – selbst bestimmen zu können; sei es durch (sinnstiftende) Arbeit, Einkommen, Familiengründung, politische Mitsprache oder gesellschaftliche

Gestaltungsmöglichkeiten. Dabei spielen die Fähigkeit und Bereitschaft des Staates, Perspektiven aufzuzeigen und zu ermöglichen sowie der Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft eine große Rolle. In Konfliktregionen ist dies oft nicht gegeben. Hier appellieren extremistischen Gruppierungen an das Ungerechtigkeitsempfinden, versprechen ein vermeintlich besseres Leben, und bieten materielle Anreize, wenn man sich ihren Zielen verschreibt und die Mittel zur Zielerreichung mitträgt. Zugehörigkeit und Vertrauen können jedoch einen Schutz sowohl gegen eine interne oder gruppenbezogene Radikalisierung darstellen, sowie die Resilienz vor Rekrutierungsversuchen stärken.



## Prävention in drei Stufen

Extremismusprävention wird in drei Kategorien eingeteilt: Primäre, sekundäre und tertiäre Prävention. Jede dieser Stufen bezieht sich auf unterschiedliche Maßnahmen und deren Zielgruppen. **Primäre Prävention** zielt auf die Stärkung der Resilienz der Gesellschaft gegenüber extremistischen Narrativen und Rekrutierungsversuchen. Präventionsarbeit setzt auf eine breite Palette von Ansätzen und Methoden wie Forum-Theater, Team-Sport, Arbeit an Schulen und Universitäten, Jugendzentren, Aufklärung über die Wirkungen sozialer Medien usw.

Herausgegeben von:

In der **sekundären Prävention** wird mit Gruppen oder Individuen und deren Umfeld gearbeitet, bei welchen das Risiko einer gewaltbereiten Radikalisierung erhöht ist. Dazu gehören je nach Kontext u.a. Geflüchtete, Jugendliche, Gefängnisinsassen, also Gruppen, welche oft beschränkte Perspektiven haben, bzw. ausgegrenzt werden. Auch die Arbeit mit dem Umfeld dieser Gruppen ist wichtig, um sie für die Problematik zu sensibilisieren und so einen besseren Umgang zu schaffen. Die **tertiäre Prävention** ist die Arbeit mit bereits radikalisierten Personen, Extremist\*innen und Aussteigern. Dabei steht vor allem die Demobilisierung, also das Abbringen von erneuter Gewaltausübung, und ihre gesellschaftliche/berufliche Reintegration im Fokus. Die Arbeit mit staatlichen und insbesondere religiösen Akteuren ist entscheidend. Präventionsprojekte müssen langfristig angelegt sein und brauchen lokale Institutionen, die sie tragen. Religiöse Akteure haben in vielen Ländern eine besondere Bedeutung, da sie das Vertrauen der Bevölkerung genießen.

### Die bisherige Arbeit des ZFD

Extremismusprävention gehört zum Bereich der Gewaltprävention, dementsprechend bearbeitet der ZFD nur Radikalisierungsprozesse, die ein erhöhtes Gewaltpotential aufweisen. Die Arbeit des ZFD trägt mit unterschiedlichen Ansätzen zur Eindämmung von gewaltbereitem Extremismus bei. Die Förderung von Dialog- und Aushandlungsprozessen, psychosoziale Unterstützung vulnerabler Gruppen, die Arbeit mit Marginalisierten zur gesellschaftlichen Teilhabe und die Förderung sozialer Kohäsion spielen eine wichtige Rolle, um die individuelle und gesellschaftliche Resilienz zu stärken. Speziell in der Sahel-Region arbeitet der ZFD der GIZ daher an Dialogforen, um den Austausch zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, vor allem der Jugend, zu stärken und Narrative extremistischer Gruppen aufzubrechen. Forum-Theater als Methode, um Tabus anzusprechen, hat sich dabei bewährt. Die politische Teilhabe und das Vertrauen in lokale staatliche Akteure soll gestärkt werden. Dazu wird auch mit Vertretern des Staates (Polizei, Sicherheitskräfte, Jugendämter) direkt gearbeitet, um Strategien zu gewaltfreier Konfliktlösung zu fördern und weitere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, indem die Akteure lernen, sich das Vertrauen zu verdienen.

**Publiziert von:**  
Deutsche Gesellschaft für  
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH  
**Registered offices:**  
Bonn and Eschborn, Germany  
Friedrich-Ebert-Allee 32  
53113 Bonn, Germany  
E info@giz.de  
I [www.giz.de](http://www.giz.de)

**Projekttitel:**  
GIZ Ziviler Friedensdienst

**Verantwortlich:**  
Suzanne Gentges  
Michael Eberlein

**Layout:**  
Judith Wassmann, Bonn

**Fotorechte:**  
ZFD, GIZ

Jugendliche werden in Methoden gewaltfreier Konfliktbearbeitung geschult und wenden diese in ihrem sozialen Kontext an. Indem sie sich als handelnde Subjekte wahrnehmen, wird ihr Selbstvertrauen und somit auch ihre mentale Gesundheit gestärkt – auch als Mentor\*innen für Gleichaltrige.

### Extremismusprävention birgt viele Herausforderungen

Bei der Planung von Programmen zu Extremismus-Prävention sind die Anforderungen an die **Konfliktsensibilität** des Vorgehens besonders hoch. Zudem stehen **Sicherheitsaspekte** im Fokus, da sich Präventionsarbeit, auf allen Stufen, auf einen Gewaltkontext bezieht und Menschen adressiert, die sich in einem von Gewalt geprägten Spannungsverhältnis bewegen. Die Entscheidung, wo ein Projekt ansetzt und wie es vorgeht, muss den Schutz der Mitarbeiter\*innen und der Partner berücksichtigen, entsprechende Risikoanalysen müssen durchgeführt und Sicherheitskonzepte entwickelt werden, u.a. auch für den Schutz von Daten. Das Prinzip des **Do-No-Harm** muss – mehr noch als bei anderen Projekten – beachtet werden, um Interventionszeitpunkte und Methoden zu bestimmen. Zugleich muss Präventionsarbeit glaubhaft deutlich machen, dass sie nicht Einfluss auf religiöse oder politische Meinungsbildung nimmt. Mehr noch, unterschiedliche Meinungen, und das Spannungsfeld, das daraus entsteht, sollten gefördert werden, um das Aushalten abweichender Meinungen einüben zu können – insbesondere bei Jugendlichen.

Für die sensible Arbeit ist **Kommunikation** und **Transparenz** der lokalen Bevölkerung gegenüber besonders wichtig. Eine möglichst breite Einbeziehung unterschiedlicher Akteursgruppen ist Voraussetzung dafür, bestehende Spannungen zu reduzieren bzw. nicht weiter zu verschärfen. Dadurch reduziert sich auch das Risiko, als Verbündete der einen Position oder Gruppe wahrgenommen zu werden oder als Interessenvertretung der anderen. Auch hier ist Kommunikation zentral. Vor allem in der **tertiären Prävention** gibt es große Herausforderungen, insbesondere die Sicherheit der Mitarbeiter\*innen betreffend. Die Arbeit mit (ehemaligen) Mitgliedern extremistischer Gruppen steht zudem in einem politischen Spannungs- und Beobachtungsfeld und muss auch diesem Umstand Rechnung tragen.

**Im Auftrag von:**  
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)  
Abteilung 503: Frieden und Sicherheit, Katastrophenrisikomanagement

**Ort und Datum der Publikation:**  
Bonn, 2024

Im Auftrag des



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung